

InfoGrün

05.05.2010

Drei Schritte aus der Krise

Griechenland geht uns alle an



MdL Winfried Kretschmann
Fraktionsvorsitzender

Griechenland geht uns allen an. Im Meistern dieser ersten ernsthaften Krise zeigt sich der Wert der Europäischen Union. Drei Schritte sind dazu angesagt, drei Schritte, die zusammen gehören und die nur zusammen Sinn machen.

Erstens: Solidarität. Zur Hilfe für Griechenland gibt es für die Europäer keine Alternative. Auch wenn der Europäische Rat schon im Februar die Linie vorgab, dauerte es viel zu lange. Es gab Querschüsse von CSU und FDP, die Kanzlerin verzögerte – um so teurer wird jetzt die Hilfe.

Solidarität macht nur Sinn mit – **zweitens – Stabilität.** Hier muss die Politik, die europäische ebenso wie die deutsche, klar machen, dass bei der Haushaltskonsolidierung in Griechenland, im Süden und in allen anderen Himmelsrichtungen, jetzt Entschlossenheit, Ernsthaftigkeit und Nachhaltigkeit angesagt ist.

Tatsächlich reiben wir uns verwundert die Augen, wenn wir lesen, dass Staatsdiener in Griechenland teilweise mit Anfang 50 in Pension gehen, dass Beamtenpensionen bis zu 94% der letzten Bezüge erreichen, dass es im öffentlichen Dienst vor kurzem noch 14 Monatsgehälter gegeben hat – und das bei einem explodierenden Haushaltsdefizit.

Griechenland kann nur zur Stabilität finden, wenn sein öffentlicher Haushalt auf den Pfad der Nachhaltigkeit kommt, ohne Tricks und Drehs. Aber auch bei harten Einschnitten ist dies aufgrund der Vorbelastung nicht in einigen Monaten oder wenigen Jahren zu schaffen. Es geht um einen Zeithorizont ähnlich dem der Deutschen Einheit.

Die Forderung „Mehr Stabilität“ bedeutet auch, dass der europäische Wachstums- und Stabilitätspakt eine strengere und unabhängigere Kontrolle braucht. Ziemlich neben der Spur ist allerdings in diesem Zusammenhang die Forderung unseres kennnisarmen Außenministers Guido Westerwelle nach einer europäischen Schuldenbremse, denn die haben wir längst, sie beträgt 60% des BIP. Aber sie muss ernsthafter und unabhängiger überwacht werden: Der Rat der Finanzminister sollte einen unabhängigen Europäischen Stabilitätsrat einrichten und ihm Befugnisse für Sanktionen geben. Wer dann noch laufend gegen die finanzpolitischen Tischsitten verstößt, muss Sanktionen hinnehmen bis zum Verlust von Förderprogrammen aus europäischen Fonds oder dem Verlust von Stimmrechten.

„Das Weggucken, das Verschieben und Verbrämen ist Teil des griechischen Virus.“
Winfried Kretschmann

Drittens: Lernen aus der Krise

Natürlich ist unser Land nicht mit Griechenland zu vergleichen, schon gar nicht gleichzustellen, aber machen wir uns nichts vor- vor dem griechischen Virus sind auch wir in Baden-Württemberg nicht gefeit.

Wir Baden-Württemberger sollten gar nicht so tun, als seien wir schockiert darüber, dass Griechenland mit Hilfe amerikanischer Banken zukünftige Staatseinnahmen verkauft und die Einnahmen zur Finanzierung laufender Haushalte verwendet hat. Genau das gleiche machte die Landesregierung von Baden-Württemberg schon 2002, als sie Zinsforderungen aus stillen Beteiligungen bei der LBBW bis zum Jahr 2017 verkaufte.

Wir tun ebenfalls so, als seien wir schockiert über viel zu hohe Beamtenpensionen in Griechenland – wie gesagt 94 % – aber wir haben Pensionen, die 71 % erreichen, während der Durchschnittsrentner mit 41% zufrieden sein muss, Wir haben Beihilfen im Krankheitsfall für Ruhestandsbeamte von 70%, während der Rentner mit 50% auskommen muss.

Politik wird zum Reparaturbetrieb verfallender Weltbilder

Bis 2008, dem Jahr der Krise, deckte das Wachstum einen diskreten Schleier über manche Schieflagen und Strukturprobleme, aber das ist vorbei. Auch Baden-Württemberg wird sich auf andere Zeiten einstellen müssen, auch Baden-Württemberg muss umsteuern zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik.

Der Ministerpräsident weigert sich noch, konkrete Maßnahmen zu nennen – das Weggucken, das Verschieben und Verbrämen, ist aber Teil des griechischen Virus. Aber das löst keine Probleme. Auch in Griechenland gab es bestimmt immer einen wichtigen Wahltermin, der verhinderte, die Wahrheit auszusprechen.

Die Krise in Griechenland sollte uns Anlass geben, weiter zu denken, auch über die Politik und das Gebaren im eigenen Land sonst wird Politik nur noch zum Reparaturbetrieb verfallender Weltbilder.